

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

16. Dezember 1958

344/J

A n f r a g e

der Abgeordneten H o p f e r , K y s e l a , W i m b e r g e r , Maria
K r e n und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen,

betreffend Bewirtschaftung der Kantinen in Dienststellen der öffentlichen
Verwaltung.

-.-.-.-

Die unterzeichneten Abgeordneten entnehmen einigen Pressemeldungen, dass die Absicht besteht, alle Kantinen bei Dienststellen der öffentlichen Verwaltung, die bisher von Pächtern betrieben wurden, in bundeseigene Verwaltung zu übernehmen.

Dies bedeutet, dass die berechtigterweise strengen Vorschriften über Finanzverwaltung und Inventargebarung bei Bundesdienststellen auch auf die Kantinen angewendet werden, was zweifellos eine Mehrarbeit verursacht und dem Bund jedenfalls neue Belastungen auferlegt. Bisher konnten im Pachtvertrag die Verpflichtungen des Bundes genau abgegrenzt und die sonstige Bewirtschaftung allein in die Verantwortung des Pächters gegeben werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind nicht der Ansicht, dass diese Massnahme geeignet ist, eine Vereinfachung der Verwaltung oder eine Ersparnis von Bundesmitteln herbeizuführen. Sie richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Hause mitzuteilen, ob die in dieser Anfrage erwähnten Pressemeldungen auf Wahrheit beruhen und zustimmenfalls die Gründe für diese Massnahme anzugeben?

-.-.-.-